

# Weniger Kinder, weniger Wachstum

*Tiefere Geburtenraten gefährden laut der OECD den künftigen Wohlstand*

ALBERT STECK

Eigentlich ist es eine Binsenwahrheit: «Damit die Wirtschaft wachsen kann, braucht es Arbeitskräfte, welche die nötige Wertschöpfung erbringen.» So banal die Erkenntnis auch ist: Die Länderorganisation OECD setzt sie ins Zentrum ihres neuen Beschäftigungs-Reports, den sie am Mittwoch publiziert hat. Statt eines Mangels an Jobs – wie dies früher der Fall war – erlebe die westliche Welt zunehmend einen Mangel an Arbeitskräften, hält die OECD fest und warnt vor den tiefgreifenden Folgen dieses Wandels.

Der wirtschaftliche Aufstieg in den letzten Jahrzehnten war nur möglich, weil die Zahl der Beschäftigten Jahr für Jahr konstant gewachsen ist. Doch dieser Effekt verkehrt sich nun ins Gegen teil – aus zwei Gründen: Die Geburtenraten erreichen in allen Ländern neue Tiefstände: In der Schweiz kommen pro Frau gerade noch 1,3 Kinder auf die Welt, in Deutschland sind es 1,4. Hinzu kommt die Welle an Pensionierungen bei

den geburtenstarken Jahrgängen aus der Babyboomer-Generation. «Dies führt dazu, dass eine immer kleinere Zahl an Arbeitskräften das Einkommen für eine immer grösse Zahl von Menschen erwirtschaften muss, die zwar konsumieren, aber nicht produzieren», schreibt die OECD in ihrem Bericht. Dies wirkt sich direkt auf unseren Wohlstand aus. «Die meisten OECD-Länder werden mit einem beispiellosen Einbruch des Pro-Kopf-BIP-Wachstums konfrontiert sein», schreibt die Organisation in ihrer Analyse. Und weiter: «Dies wird die Fähigkeit, den Lebensstandard zu verbessern, erheblich beeinträchtigen.»

## Rückgang um vierzig Prozent

Die OECD-Ökonomen untermauern ihre Aussage mit konkreten Berechnungen. Bisher erreichten die 38 Mitgliedstaaten ein durchschnittliches Pro-Kopf-Wachstum der Wirtschaft von 1,0 Prozent im Jahr. Dieses Tempo werde nun aber um 40 Prozent zurückgehen. Somit verlangsamt sich das jährliche Wachs-

tum in den kommenden Jahrzehnten bis 2060 auf nur noch 0,6 Prozent.

Für Europa sagt die OECD einen noch stärkeren Wachstumseinbruch voraus. So können die Schweiz und Deutschland mit einem jährlichen Plus von nur gerade 0,1 bis 0,3 Prozent rechnen. Österreich und Italien droht gar eine schrumpfende Wirtschaftsleistung pro Kopf. Denn diese Länder sind von der erwarteten Abnahme der Erwerbsbevölkerung überdurchschnittlich tangiert.

Diese Wachstumsprognose basiert auf der Annahme, dass die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten im gleichen Tempo zunimmt wie bisher. Dank den Fortschritten der künstlichen Intelligenz könnte sich dies als zu pessimistisch erweisen. Umgekehrt aber ist es laut dem OECD-Bericht auch denkbar, dass eine alternde Gesellschaft generell nur noch geringere Produktivitätszuwächse schafft. Schon in den letzten Jahren war dieser Trend rückläufig.

Eine weitere Option, um die Wirtschaftsleistung zusteigern, bestünde darin, dass die Beschäftigten mehr Arbeitsstun-

den leisten würden. Auch hier verläuft die Entwicklung allerdings genau umgekehrt: Laut OECD arbeiten die Erwerbstätigen heute im Schnitt 6 Prozent weniger lang als noch vor zwanzig Jahren. Auch dieser Rückgang muss durch eine höhere Produktivität wettgemacht werden.

## Ungenutztes Potenzial

Welche Möglichkeiten hat eine Gesellschaft also, um trotz diesen negativen Vorzeichen ihr Wachstumspotenzial zu vergrössern? Wenig sinnvoll ist es laut der OECD, auf eine höhere Geburtenrate hinzuwirken. Denn der Effekt materialisiere sich erst in etwa zwanzig Jahren. Stattdessen empfiehlt die Organisation, den bestehenden Pool an Arbeitskräften besser auszuschöpfen. Als mögliche Massnahme nennt sie die Förderung der Arbeitsmigration. In der Schweiz, wo die Zuwanderung schon heute sehr hoch ist, kommt eine solche Strategie kaum infrage.

Somit bleiben im Wesentlichen zwei Hebel, mit denen die Schweiz ihr künf-

tiges Wachstum fördern kann: zunächst durch eine verbesserte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Zwar ist ihre Erwerbsbeteiligung bereits stark gestiegen. Doch die Arbeitspensen lassen sich laut der OECD noch deutlich erhöhen.

Das grösste ungenutzte Potenzial aber sieht die Länderorganisation bei den älteren Beschäftigten. Es braucht eine bessere Beschäftigungspolitik für diese Gruppe – zumal diese von einer besseren Gesundheit profitiere und auch der Anteil der körperlich anstrengenden Jobs zurückgehe. Zu diesem Zweck sollen die berufliche Mobilität und das lebenslange Lernen gefördert werden.

Dass die Politik handle, sei auch deshalb wichtig, weil die Renten- und Gesundheitssysteme immer mehr kosteten, betont der Bericht. Dabei gehe es auch um die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Denn die Älteren hätten bisher überdurchschnittlich vom höheren Wohlstand profitiert. Dagegen seien es primär die Jungen, welche die zusätzlichen Lasten aufgrund einer stagnierenden Wirtschaft zu tragen hätten.